

AUS DER HEIMAT

Entscheidungen keineswegs sattelfest

MdB Christian Schmidt informierte über Sachstand zum US-Standort in Illesheim

URFERSHEIM (st) - „Die Entscheidungen für Deutschland sind keineswegs sattelfest, sie zeigen lediglich eine Tendenz auf“, beugte der CSU-Bundestagsabgeordnete und verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Christian Schmidt, einer vorzeitigen Euphorie in Sachen US-Standort-Entscheidungen vor. Schmidt hatte „sozusagen auf eigene Faust“ versucht, die weitere Entwicklung während einer USA-Reise in Erfahrung zu bringen. Die Ergebnisse präsentierte der Bundespolitiker gestern im Illesheimer Ortsteil Urfersheim.

So wie es sich momentan darstellt, „wird es künftig leider nur noch vier Standortregionen der US-Armee in Deutschland geben“. Dazu gehören Ramstein, Wiesbaden, Stuttgart und Grafenwöhr mit Hohenfels, Ansbach und Illesheim. Außerdem sei geplant, dass die Flugeinheit aus Giebelstadt nach Illesheim verlegt wird. Endgültig sei dies aber noch nicht, machte Schmidt deutlich. Davor stehe die Entscheidung des Kongresses, die für den Herbst erwartet wird und die Arbeit der noch zu besetzenden BRAC-Kommission. Bisher genannte Planzahlen, was etwa die Truppenstärken anbelangt, hält Schmidt für verfrüht, er äußerte sich deshalb auch nicht weiter dazu. Dem momentanen Zeitplan für den Truppenabzug der zu schließenden Standorte steht er ebenfalls skeptisch gegenüber.

Den Amerikanern seien vor allem folgende Punkte bei Stationierungsfragen wichtig: Eine uneingeschränkte Bewegungsfreiheit ihrer Truppen - dies beziehe Überflugs- und Transitrechte sowie die Haltung der Nachbarländer mit ein -, Übereinstimmung und politische Verlässlichkeit, eine bestehende Infrastruktur, rechtliche Aspekte (keine Auslieferung von US-Soldaten an den Strafgerichtshof) sowie die Lebensqualität der Militärangehörigen.

Ging es nur um letztere, „so hätten wir schon längst gewonnen“, meinte Schmidt, denn Illesheim habe nicht nur einen guten Namen in Washington, die US-Soldaten lebten auch sehr gerne hier, so seine Erfahrung. „Was wir ansonsten zu einem Gelingen beitragen können: Für ein posi-



Bis jetzt sieht es positiv für den Standort der US-Armee in Illesheim aus: MdB Christian Schmidt (Mitte) informierte über den momentanen Sachstand, flankiert von Illesheims Bürgermeister Heinrich Förster (rechts) und MdL Hans Herold (links).

Foto: Strickstock

tives Klima sorgen und versuchen, Hürden aus dem Weg zu räumen.“ Unter der Rubrik „positives Klima“ verortete Schmidt speziell auch das Umgehen der Illesheimer Bevölkerung mit der Fluglärmbelästigung durch den Standort. Hätte es hier tägliche Demonstrationen dagegen gegeben, wäre dies sicherlich ein Kriterium für eine negative Entscheidung gewesen, meinte er dazu.

Für die Zukunft erwarte er keine Veränderung der Übungstätigkeit in dem Gebiet - auch wenn die zusätzliche Flugeinheit aus Giebelstadt nach Illesheim kommt. Die Staffel bestehe aus rund 50 Hubschraubern, insgesamt würden dann rund 200 Apaches und Transporthubschrauber in Katterbach und Illesheim untergebracht sein. Das heiße aber nicht, dass dann plötzlich 200 Maschinen in Illesheim über werden, stellte Illesheims Bürgermeister Heinrich Förster vorsorglich fest.

Die Entscheidung für Grafenwöhr und damit einhergehend für Ansbach und Illesheim könne zudem nur im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Aktion von Bundes- und Staatsregierung gesehen werden. Hintergrund seien die Neubauten für den US-Standort. Da eine Stationierung für jeweils zehn Jahre bewilligt werde, private Investoren jedoch eine Nutzungsgarantie von mindestens 20 Jahren verlangten, haben sich hier Bund und Land zusammengetan und eine solche abge-

geben, so es nach zehn Jahren doch zu einem Abzug der US-Truppen kommen sollte. Es liege durchaus im deutschen Interesse, die Amerikaner hierzubehalten, führte Schmidt aus. Und zwar nicht nur aus verteidigungspolitischer, sondern aus regionalpolitischer Sicht. „Wir brauchen die US-Standorte aber auch, um in der Nato weiterhin eine Rolle zu spielen.“

In den USA sei das Thema Stationierung politisch hochbrisant. Das Vorgesprechen eines US-Generals, der bereits vorab deutsche Standorte genannt hat, habe in bestimmten Kreisen für Unmut gesorgt. Vor dem Hintergrund einer anstehenden US-Truppenreduzierung ist auch in den USA der Kampf um Standorte und damit um die Verteilung der Gelder ausgebrochen.

Hätte im vergangenen Mai ein Antrag von Senator Trent Lott, ehemaliger Mehrheitsführer der Republikaner, den Kongress passiert, wären alle deutschen Hoffnungen mit einem Schlag zunichte gemacht worden. Lott hatte gefordert, erst alle deutschen Standorte zu schließen, bevor ein amerikanischer dicht machen muss. Der Antrag sei denkbar knapp mit 46 zu 43 Stimmen abgelehnt worden.

Dem momentanen Frieden traue Schmidt jedenfalls nicht, da müsse schon noch gearbeitet werden, stellte er fest. „Im Zweifel hilft nur, kräftig Klinken putzen.“